

Berliner Tageblatt



Nr. 344

und Handels-Zeitung

Freitag, 23. Juli 1926

Chefredakteur Theodor Wolff in Berlin.

Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Briand Poincarés Außenminister.

Die Aufforderung an die Radikalen.

Das Echo aus Deutschland. — Barthou und Sarraut.

(Telegramme unseres Korrespondenten.)

Paris, 23. Juli.

Poincaré hat für sein neues Kabinett einen wichtigen Mitarbeiter gewonnen: **Kristide Briand wird der Minister der auswärtigen Angelegenheiten sein.** Gestern Abend waren Briand, Barthou und Albert Sarraut zwei Stunden lang bei Poincaré. Als sie das Haus kurz nach 11 Uhr verließen, erklärte Briand: „Ich glaube, daß alles gut gehen wird; Poincaré wünscht, daß ich ihm helfen soll, und ich bin dazu bereit.“ Barthou ist gleichfalls für die Kombination gesichert; er soll Justizminister und stellvertretender Ministerpräsident werden. Schwieriger ist die Entscheidung für den neu-gewählten Senator Albert Sarraut, dem das Ministerium des Innern angeboten worden ist. Sarraut war früher einmal aus der Radikalen Partei ausgeschlossen worden, weil er Mitglied einer Regierung Poincarés blieb, und er wird jetzt, nachdem die Verbindung mit den Radikalen wieder hergestellt ist, unzweifelhaft nicht tun, was der Partei mißfällt. Bei den Radikalen wird die Entscheidung also darüber liegen, ob heute die Regierung Poincaré zustande kommt oder nicht. Poincaré hat die Absicht, ihnen heute vier oder fünf Portefeuilles anzubieten, um seinen Wunsch zu beweisen, mit der stärksten Gruppe der Kammer zusammenzuarbeiten. Es wird jetzt davon gesprochen, daß Painlevé wieder Kriegsminister werden soll, und daß Poincaré auch Gerriot zu gewinnen wünscht; aber diese Gerichte sind noch nicht bestätigt.

Poincaré hat gestern Abend durch einen seiner Vertrauten erklären lassen, er wolle nicht, daß seine Rückkehr zur Regierung als eine Revanche für den 11. Mai dargestellt werde. Er denke nicht an eine politische Rache; nur durch die Not des Landes habe er sich dazu bewegen lassen, noch einmal die Lasten der Regierung zu übernehmen, und er wünsche vor allem anderen die Einigkeit der Parteien, weil ohne diese Einigkeit die Schwierigkeiten unüberwindlich wären. Sollte er Finanzminister bleiben, dann müsse er auch Ministerpräsident sein. Er wäre aber auch ebenso gern bereit, ein anderes Portefeuille in einer anderen Regierung zu übernehmen, vorausgesetzt, daß der Chef dieser Regierung gleichzeitig die Verantwortung für die Finanzen tragen wolle. Diese Erklärungen wurden noch in der Nacht bekannt. Sie haben einen guten Eindruck gemacht, der durch die bereits geführte Weiterarbeit Briands an Cuai d'Orsay verstärkt wurde. Briand als Außenminister bedeutet für Poincaré eine Veruhigung des Auslandes, das sonst mit einigen Sorgen die Taten Poincarés abgewartet hätte. In diesem Zusammenhang muß zugleich erwähnt werden, daß die Art, wie die deutsche Presse auf die Nachricht von der Rückkehr Poincarés reagiert hat, in den französischen Zeitungen als klug und taktvoll bezeichnet wird. Der Berliner Korrespondent des „Journal“ glaubt zu wissen, wie die deutsche Regierung die Entwicklung ansieht. Die Regierung habe vorerst und würdig gebandelt, als sie den deutschen Journalisten ihre Auffassung in folgenden Worten zu erkennen gab: „Wir dürfen uns nicht in die inneren Angelegenheiten Frankreichs einmischen. Unsere Beziehungen zu Frankreich sind jetzt gut; wir dürfen hoffen, daß sie sich jetzt bald bessern werden. Niemand kann daran zweifeln, daß Poincaré Ansehen und Fähigkeiten besitzt, und wir sind überzeugt, daß die Rückkehr Poincarés zur Macht keinen ungünstigen Einfluß auf die Politik von Locarno und auf die Beziehungen Deutschlands zu Frankreich haben wird.“ So erzählt das „Journal“. Auch wenn die Regierung sich nicht wirklich so geäußert hätte, wäre der Sinn der Bemerkungen nur zu billig. Deutschland hat kein Interesse daran, in dieser Stunde eine Gefühlspolitik zu treiben. Eine Politik der Verständigung auf der Grundlage wirtschaftlicher Entwicklung muß weitergeführt werden, auch wenn Gaillaux nicht mehr über diese Politik wachen kann. Deutschland muß abwarten, ob der neue Poincaré anders ansieht als die Mann der Ruhr. Poincaré hat es immer verstanden, sich den politischen Stimmungen in Frankreich anzupassen. Die Wahl Briands zum Außenminister zeigt, daß auch er diesmal begreift, was die Mehrheit des Volkes will.

Die Radikalen werden also jetzt zu beweisen haben, daß sie ebenso klug sind wie Briand und Poincaré. Wenn die Partei die angebotene Mitarbeiterschaft ablehnt, so begeht sie den gleichen Fehler, den die Sozialisten begangen haben, als sie in eine radikale Regierung nicht eintreten wollten. Die Stimmung des Volkes würde diese doktrinaire Politik in dieser Entscheidungslunde nicht begreifen. Die „Nouvelle“ sieht die Gefahr voraus, wenn sie heute ihren tabulierten Freunden rat: „Seid vernünftig. Fangt nicht von neuem mit eurem Gezänk an.“ Die Manifestationen vor dem Palais Bourbon am Mittwoch Abend haben bewiesen, daß Paris es satt hat, vom Parlament fortwährend sich die Töpfe zerbrechen zu lassen. Die Meinung des Volkes könnte sich leicht noch deutlicher äußern.“ Der gleiche Ton wird in anderen Blättern der Linken angeschlagen, sogar der unbesungene Cato des „Quotidien“, Pierre Bertrand gibt der Rat, erst einmal abzuwarten, welche Vorschläge Poincaré zu machen hat — „sonst kann sich die traurige Manifestation gegen die Parlamentarier wiederholen“.

Paris, 23. Juli, 1 Uhr nachmittags.

Heute vormittag hat Poincaré u. a. Barthou, Briand, Sarraut, Lehgues, Painlevé, Marin, und Bokanowski empfangen. **Sarraut hat erklärt, daß er ein Portefeuille annehmen werde.** Auch die Mitarbeit Painlevés ist gesichert. Poincaré ist dann zu Gerriot gegangen. Man glaubt, daß ein **Ministerium zwischen 1 und 2 Uhr gebildet** sein wird.

Poincarés Ministerliste.

Gerriot Unterrichtsminister.

Paris, 23. Juli. (W. T. B.)

Wie Gavas mitteilt, sind auf Grund der bisherigen Verhandlungen Poincarés folgende Portefeuilles endgültig besetzt worden: Vorkitz des Ministerrates, Finanzen und Wiederaufbaugesbiet: Poincaré, Justiz und Gstaß-Lothringen: Barthou, Auswärtige Angelegenheiten: Briand, Marine: George Lehgues, Inneres: Albert Sarraut, Kolonien: Léon Perrier, Handel: Bokanowski, Essentielle Arbeiten: Lardieu, Pensionen Louis Marin. Wie außerdem bekannt wird, hat Painlevé das Kriegsministerium und Gerriot das Unterrichtsministerium auf Wunsch Poincarés übernommen. Der radikale Abgeordnete Gueuille wird zur Übernahme des Ackerbauministeriums aufgefordert werden, so daß im Augenblick nur noch das Arbeitsministerium zu besetzen bleibt. Poincaré hat sich ins Gstaß begeben, um dem Präsidenten der Republik die Zusammensetzung des neuen Kabinetts mitzuteilen.

Englische Fragen an Poincaré.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

London, 23. Juli.

Sowohl Diplomatie wie auch Finanz beschäftigen sich eingehend mit der Regierungsbildung Poincarés. Man legt sich vor allen Dingen folgende drei Fragen vor:

1. Wird auch Gaillaux dem neuen Kabinett Poincaré angehören?

2. Wer wird der neue Außenminister Frankreichs sein?

3. Wie wird sich Poincaré zu Vertheilot, dem mächtigen Generalsekretär des Cuai d'Orsay, stellen, den er im Jahre 1923 entließ, und der inzwischen durch Gerriot und Briand in sein altes Amt wieder eingesetzt worden war. Erst kürzlich hatte Poincaré es abgelehnt, mit Gaillaux in einem Kabinett zusammen zu sitzen, und da er nun selbst den Posten eines Finanzministers übernehmen wird, so ist man hier geneigt, anzunehmen, daß Gaillaux in seinem Kabinett keinen Platz finden wird. Wenn aber Gaillaux dem Kabinett Poincaré nicht angehört, durch wen wird dann der neue französische Premierminister bei Anleihen im Ausland verhandeln lassen? Der Eintritt Gaillaux' in sein Ministerium würde bedeuten, daß Poincaré sich entschieden hat, für die Stabilisierung des Franc die finanzielle Hilfe des Auslandes in Anspruch zu nehmen. Wenn Gaillaux seinem Kabinett nicht angehört, so erscheint es immerhin als recht zweifelhaft, ob er in dieser Beziehung im Ausland den gewünschten Erfolg haben würde.

Die Aufnahme, die die konservative Morgenpresse Poincaré bereitet, muß als durchaus freundlich bezeichnet werden. Allgemein stellt man fest, daß Poincaré jetzt die letzte Chance sei, die Frankreich noch bliebe, und man warnt Frankreich, sie nicht ungenutzt zu lassen. „Daily Telegraph“ schreibt, ganz Europa sei außerordentlich an dem Erfolg oder Mißerfolg Poincarés interessiert. Frankreich brauche eine Regierung, die durch radikale Maßnahmen den Franc wieder stabilisiere und das Vertrauen der französischen Nation zu ihrer Regierung wieder herstelle. Die Zeit verlange eine nationale Regierung mit besonderen Machtbefugnissen. Nicht ganz so freundlich verhält sich die liberale Presse Poincaré gegenüber. Sie weist vor allen Dingen warnend darauf hin, daß Poincaré der bezeichnendste Vertreter der französischen Schule sei, die das Finanzproblem Frankreichs mit Hilfe der deutschen Reparationszahlungen zu lösen beabsichtige. Wie gefährlich dieses aber sei, schreibt die „Westminster Gazette“, habe die Ruhrbesetzung bewiesen. Sodann dürfe man nicht übersehen, daß das Locarno-Abkommen erst nach dem Sturz Poincarés im Jahre 1923 zustande gekommen sei, und daß es heute eines der wenigen positiven Ergebnisse der europäischen Nachkriegsdiplomatie sei. Wie werde sich Poincaré hierzu stellen?

* * *

Der Franc-Kurs.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Paris, 23. Juli.

Das Pfund notierte um 9 Uhr in Paris 218, der Dollar 44,83. Im Laufe des Vormittags erliefen die Kurse eine Abschwächung, und zwar bis 11 Uhr 15 Minuten auf 214 Francs für das Pfund und 44 für den Dollar. Die deutsche Mark notierte um diese Zeit 10,48.

*

In den internationalen Devisenplätzen konnte heute der französische Franc sich weiterhin leicht erholen. Anfangs wurde ein englisches Pfund mit 214 zu 216 gehandelt. Das ist ungefähr der gestrige Kurs. Im Verlauf konnte aber der Franc leicht anziehen bis auf 209 zu 210. Größere Geschäfte wurden allerdings nicht getätigt, da die Spekulation sich vorläufig zurückhält. Wie wir schon gestern betont haben, ist diese Erholung rein auf markttechnische Momente zurückzuführen. Das geht auch daraus hervor, daß der gestern veröffentlichte Ausweis der Bank von Frankreich, der ein weiteres Anwachsen der Vorkasse an den Staat und des Notenumlaufes zeigt, keinen Einfluß auf die Kursbildung ausgeübt hat.

Kärnten und Slowenien.

Die Südgrenze des Deutschstums.

von Maximilian Müller-Jabusch.

Welden i. Kärnten, im Juli.

Es klingt zwar fast unglaublich, aber es ist dennoch wahr: selbst das verstümmelte Oesterreich hat heute noch nationale Minderheiten. In der Hauptstadt Wien gibt es eine tschechische Minderheit, für die sogar Schulen eingerichtet sind. Wichtiger aber, weil sie im Grenzland sitzt, ist die slowenische Minderheit im südlichen Kärnten. Nach dem Zusammenbruch gingen die Serben, denen innerhalb der alten Monarchie ja die Regimenter südslawischen Stammes sich angeschlossen, sehr weit vor. Sie haben in Steiermark das Krupferze erbeutet, was ihnen überhaupt möglich war. Gebiete fielen ihnen ohne Widerstand und manchmal unter den schwächlichen Begleiterscheinungen zu, auf die sie von Rechts wegen keinen Anspruch gehabt hätten. Wie Marburg, eine ehemals fast rein deutsche Stadt, in ihre Hand kam, ist ein trübes Kapitel.

Anderes in Kärnten. Als die Serben versuchten, von den Hängen der Karawanken ins Tal der Drau herunterzusteigen, er hob sich Kärnten gegen sie, das eine Land Kärnten, ganz auf sich selbst gestellt, ohne Hilfe von Wien und nur mit wenigen Freiwilligen aus anderen Bundesländern. Das war in der Zeit der Friedensverhandlungen, und uns im Reiche war der Kopf von eigenen Sorgen schwer. Was Wunder, daß man von diesem Geldentzug sich uns wenig weiß, wie man denn überhaupt sagen muß, daß Reichsdeutsche und Oesterreicher bei aller Anschlußfreudigkeit und bei noch so großer Intenität des Zusammengehörigkeitsgefühls und der Schicksalsverbundenheit oft merklich wenig voneinander wissen. Gegenwärtige Volksbundebejude wie die Wiener Reife des vorigen Sommers sind noch sehr notwendig. So wenig man von dem Kärntner Widerstand in Deutschland weiß, bis nach Versailles drang die Kunde doch, und sie hatte zur Folge, daß Kärnten nördlich der Karawanken Abstimmungsgebiet wurde. Vorher freilich wurde das kritische Gebiet der serbischen Besetzung ausgesetzt. Die Abstimmungsabende mit einer Majorität für Oesterreich, das ganze Abstimmungsgebiet blieb beim Mutterlande. Interessant dabei ist, daß der Abstimmungsstempel von den Deutschen unter der Parole: „Kärnten den Kärntnern!“ geführt wurde. Das war nötig, denn das südliche Kärnten ist östlich nicht einheitlich. Deutsche und slowenische Dörfer liegen im Gemenge. Und die Kärntner slowenischen Stammes waren bei weitem nicht alle Anhänger des Anschlusses an Südslawien. Alle Gewohnheit, aber auch nüchterne wirtschaftliche Betrachtung bestimmen sie, in Klagenfurt den Ort zu sehen, nach dem hin sie sich orientieren. Südslawien, das lag auf der anderen Seite der Karawanken, zwischen ihnen und jenem Land aber diese Stelle, jedem Verfehrer halt gebietende Gebirgsfette. Die Grenze zwischen Oesterreich und Südslawien läuft heute über den Kamm der Karawanken.

Über diese Grenze hat wie alle, die die „weisen Männer“ von Versailles neu durch Europa zogen, für die Grenz-anwohner auf beiden Seiten Nummer gebracht. Südlich der Grenze wohnen in den größeren Orten und in einer umfangreichen geschlossenen Siedlung, dem Gottscheer Lande, Deutsche, die nicht befragt worden waren, welchem Lande sie künftig angehören wollten. Und nördlich der Grenze wohnten Slowenen, solche, die zu Südslawien gewollt hatten, und solche, die wohl bei Oesterreich bleiben, aber darum doch ihr Volkstum nicht aufgeben wollten. Bei der Volkszählung von 1923 bekannten sich 10 Prozent der Bevölkerung Kärntens zur slowenischen Nationalität, bei den Nationalratswahlen desselben Jahres aber befanden die nationalen Slowenen nur 4,8 Prozent der Stimmen. Selbst da, wo sie bei der Nationalitätenzählung die Mehrheit mit 52 Prozent darboten, erhielten sie bei den Nationalratswahlen nur 29,9 Prozent. Dieser klar bekundete Willen hindert natürlich die südslawischen Slowenen nicht, von unerlösten Waidern zu reden. In Laibach, das jetzt keine deutsche Stadt mehr ist, fordert man ungeniert, daß ein recht bedeutendes Stück Kärntens mit überwiegend deutscher Bevölkerung und dem rein deutschen Klagenfurt südslawisch werden solle. Man wird gut tun, den Wert solcher Forderungen nicht zu überschätzen, zumal es auch scheint, als ob man in Belgrad mit der strategisch unübertrieben sicheren Karawankengrenze gar nicht so unzufrieden ist, aber den Radaumachern in Laibach, die der Belgrad zentralistischen Tendenz schon so wie so Schwierigkeiten genug machen, nicht gerade auf den Mund klopfen mag. Da aber das Geschrei in Laibach über die Unterdrückung der Slowenen in Kärnten schon sonst ein Echo gefunden hat, sogar in Genf, sei einmal festgestellt, was nun die Wahrheit ist. Zunächst haben die Kärntner den Slowenen eine Rechnung aufgemacht, in der einmal verglichen wird, was die Deutschen in Slowenien, der jetzigen Provinz des südslawischen Staates, und was die Slowenen in Kärnten für Rechte haben. Diese Rechnung ist recht fatal für die Slowenen. Einmal freilich geht daraus auch noch hervor. Ob das Deutschstum südlich der Karawanken überhaupt auf die Dauer zu halten ist, ist eine Frage, die heute nicht mit Nein, aber auch nicht mit einem uneingeschränkten Ja beantwortet werden kann. Eine Ausnahme macht nur das Gottscheer Land, das bäuerlich und geschlossen besiedelt ist. Aber das Deutschstum in der Diapota hat es schwer. Ohne Zweifel haben es heute schon die Slowenen in Kärnten besser. Aber der Schutz, den sie haben, trägt auch jetzt noch einen etwas vormundschaftsartigen Charakter. Jetzt dreht sich der Streit in Kärnten darum, ob man die Autonomie noch mehr verfehlendigen soll oder nicht. Die Masse der deutschen Parteien